No. 394. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 22. August 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das Echo aus den Gewerkvereinen.

Der gestern in unserem Blatte veröffentlichte Artikel eines Gewerkvereiners hat, gleichwie der von uns hinzugefügte Kommentar, in den Kreisen der in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen organisierten Arbeiter einen mächtigen Widerhall gefunden, wie wir dies aus den uns schon gestern, und heute in erweitertem Umfange, zugegangenen, zum Teil begeisterten Zuschriften ersehen. Die Einsender werden bei der großen Zahl der Zuschriften begreifen, daß wir diese nicht alle wiedergeben können. Viele von den Einsendern wollen das auch nicht; sie wollen uns nur ihre Zustimmung ausdrücken, um uns zu ermuntern, auch weiterhin den Gewerkvereinen unseren Einfluß zugute kommen zu lassen. Wir versichern, daß es einer solchen Ermunterung für uns zwar niemals bedurft hat, doch wollen wir gern bekennen, daß uns die aus den Zuschriften ersichtlichen Sympathiebekundungen mit aufrichtiger Genugtuung erfüllen gegenüber den gehässigen persönlichen Verunglimpfungen, mit denen eine kleine, glücklicherweise an Einfluß auf die Gewerkvereine immer mehr verlierende Gruppe sich kürzlich an uns reiben zu sollen meinte.*)

Nur eine von den uns zugegangenen Zuschriften wollen wir wiedergeben, weil sie in beredtester Weise die Gesichtspunkte zusammenfaßt, die in den anderen Einsendungen in dieser oder jener Form einzeln zur Sprache gebracht werden. In dem Begleitbriefe zu dieser Zuschrift sagt der Verfasser:

Sehr geehrter Herr Vollrath!

Für den heutigen Artikel in der „Berliner Volkszeitung“ kann ich es nicht unterlassen, Ihnen meinen wärmsten Dank auszusprechen. Es hat uns Gewerkvereinern allen gefallen, wieder einmal Worte zu hören, die den Nagel auf den Kopf treffen. Besonders der Zusatz zu diesem Artikel trifft Wort für Wort zu.

Die Zuschrift selbst lautet:

Ein Bravo der „Berliner Volks-Zeitung“ für den trefflichen Artikel in der letzten Freitagnummer über die Gewerkvereine. Uns Gewerkvereinern waren diese Worte aus dem Herzen gesprochen! Gerade die große Mehrzahl der Gewerkvereiner fühlt es am meisten, wie bitter not uns eine Presse tut, die sich der Interessen der Gewerkvereine annimmt! Und mit Genugtuung und Freude haben wir es jedesmal begrüßt, wenn die „Berliner Volkszeitung“ wieder einmal einen Artikel brachte, der der Oeffentlichkeit zeigte, daß die Gewerkvereinler im wirtschaftlichen Leben auch noch am Platze sind! Gerade die Kollegen, die praktisch in den Werkstätten tätig sind und tatsächlich den Anrempelungen seitens der Mitglieder der freien Gewerkschaften, und nicht zum nicht geringen Teil der diesen Gewerkschaften zur Verfügung stehenden sozialdemokratischen Zeitungen ausgesetzt sind, wir empfinden und bedauern es am allermeisten, daß uns in diesem Kampf keine Tagespresse offiziell zur Verfügung steht, denn wir fühlen sehr wohl, daß in der heutigen Zeit, wo sich die Interessen so furchtbar kampfbereit gegenüberstehen, wir ohne die Unterstützung eines täglichen Organs schwerlich vorwärtskommen können. Deshalb bedauern und verurteilen wir es auf das entschiedenste, daß immer und immer wieder versucht wird, und gerade von jener Seite, die Sie in dem Artikel so trefflich gekennzeichnet haben, uns ein Blatt wie die „Berl. Volksztg.“ zu vergraulen. Wir waren uns bewußt, daß sich die „Berliner Volkszeitung“ über derartige Anfeindungen erhaben fühlen kann. Trotzdem hielten wir es für unsere Pflicht, die von jener Seite beliebte Bezeichnung mit dem nötigen Nachdruck zurückzuweisen. Und wie ich versichern kann, ist der Artikel des „Gewerkvereins“, der die „Berliner Volkszeitung“ als ein „Hetzblatt“ (!) bezeichnen zu müssen glaubte, wohl von keiner Seite mit größerer Entrüstung zurückgewiesen worden, als gerade von den Gewerkvereinern selbst. Ich glaube, Sie hätten Ihre helle Freude daran gehabt, hätten Sie Zeuge sein können, wie gerade diese Angriffe in den Ortsvereinsversammlungen der Gewerkvereiner verurteilt wurden. Der größte Teil unserer Kollegen hat diese Art der Polemik am meisten bedauert. Wir sind uns alle darin einig, daß, wenn unsere Fachpresse auf diesem Wege fortwährt, uns ein Fortschritt nie vergönnt sein wird. Wir begrüßen es deshalb mit größter Genugtuung, daß durch die Mitglieder jetzt eine Strömung geht, die diesen bisher beschrittenen Weg zu ändern bestrebt ist und die diese Stimmung in aller Oeffentlichkeit bekannt geben. Wir Gewerkvereiner sind es schon lange müde, uns weiter als das Veilchen, das im Verborgenen blüht, betrachten zu lassen, indem man es nie für nötig gehalten hat, bei irgendeiner öffentlichen Angelegenheit oder irgendeinem Gesetzentwurf nach unserer Meinung zu fragen. (Anmerkung der Redaktion: Wir haben in Nr. 391 gezeigt, inwiefern die Gewerkvereine selbst daran schuld sind!) Die Sache der Gewerkvereine ists vor allen Dingen wert, in aller Oeffentlichkeit ausgetragen zu werden, und hierzu ist ein Blatt, wie die „Berliner Volkszeitung“, nach unserer Meinung gerade die richtige Stelle. Ein Blatt, das durch seinen aufrichtigen demokratischen Charakter und durch sein mannhaftes Eintreten gegenüber jedweder Reaktion bekannt ist, ist es wert, in den Kreisen aller freiheitliebenden Männer und besonders in den Kreisen der Gewerkvereiner immer mehr gelesen zu werden. Jeder Gewerkvereiner sollte die größte Propaganda für ein derartiges Organ unter den Mitgliedern seiner Organisation machen, damit unsere Ideen auf diesem Wege der breitesten Oeffentlichkeit bekannt würden. Hoffen wollen wir, daß diese Mahnung weder nach Unten noch nach Oben ungehört verhallen möge. O. D.

Wir danken dem Einsender dieser Zeilen wie allen anderen Gewerkvereinen, die uns durch Zustimmungskundgebungen erfreut haben, für ihre freundlichen Zeilen. Möglich, ja wahrscheinlich, daß wir um des gestrigen Artikels willen sowie um unserer hinzugefügten Bemerkungen willen von neuem aus der bekannten Ecke her à la „Hetzblatt“-Artikel mit persönlichen Verunglimpfungen regaliert werden. Das wird uns, wir versichern es wiederholt, nicht bestimmen, die Gehässigkeiten Einzelner den Gewerkschaften als solchen zur Last zu legen, in denen eine intelligente, zielbewußte, besonnene und den politischen Anstand hochhaltende Arbeiterschaft organisiert ist, die der energischsten Förderung durch eine weitverbreitete, unabhängige demokratische Tageszeitung im höchsten Maße würdig ist.

*) Für die Nachfragenden, die den Artikel „Eine Lehre“ in No. 391 der „Berliner Volks-Zeitung“ unter ihren Arbeits- und politischen Gesinnungsgenossen noch weiter zu verbreiten wünschen, sei bemerkt, daß die Nummer noch in einer Anzahl von Exemplaren in unserer Hauptexpedition vorhanden ist. Doch wird der Vorrat voraussichtlich bald vergriffen sein, so daß Reflektanten auf die Nummer gut tun, ihre Bestellungen sofort zu machen.

Liberale Abwehr.

In Süddeutschland regt sich's. Wie uns ein Telegramm aus Frankfurt a. M. meldet, sendet der Nationalverein für das liberale Deutschland mit dem Sitz in München der „Frankfurter Zeitung“ einen Aufruf zur Verteidigung der bedrohten Volksrechte. Der Nationalverein will versuchen, eine große Anzahl bekannter Namen (Gelehrte, Künstler, Parlamentarier usw.) zu einer Protestkundgebung zu vereinigen.

Wir glauben nicht, daß der Nationalverein mit seinem Aufruf sonderliches Glück haben wird. Unsere staatserhaltenden nationalliberalen und sonstigen liberalen Intellektuellen halten sich mit verschiedenen Ausnahmen für viel zu „vornehm“, um in das vulgäre Gebiet der politischen Arena „hinabzusteigen“. Um die Herren Geheimratsaspiranten aufzurütteln, muß es noch ganz anders kommen.

Nord und Süd.

In Husum wird anscheinend flott weiter gemaßregelt; ein Telegramm, das wir vorläufig mit aller Reserve wiedergeben, meldet uns:

Wie verlautet, soll gegen den für die freisinnige Partei seit langem tätigen Lehrer von Nautenkranz-Niebüll ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sein. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Daher enthalten wir uns auch bis auf weiteres jeder Kritik. Wir können es uns aber nicht versagen, mit der Nachricht ein Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Kaiserslautern in Verbindung zu bringen. Es besagt:

Die Sozialdemokraten werden zur bevorstehenden Ersatzwahl in dem Landtagswahlkreis Kaiserslautern an Stelle des verstorbenen Ehrhardt den Volksschullehrer Hofmann aufstellen. Es ist dies der erste aktive Volksschullehrer, der als sozialdemokratischer Kandidat im bayerischen Landtage auftreten würde.

Was würde wohl einem Lehrer geschehen, der in Preußen als sozialdemokratischer Kandidat aufträte?

Die Prinzenpromotion.

Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ meldet:

Die Nachricht einiger Zeitungen, der Staatsanwalt habe gegen die „Freie Presse“ und die „Straßburger Bürgerzeitung“ wegen der bekannten Artikel über die Promotion des Prinzen August Wilhelm öffentliche Klage erhoben, ist unrichtig. Es sind auf Grund eines Strafantrages mehrerer Professoren der Universität bisher lediglich Vernehmungen erfolgt. Uebrigens hat Prinz August Wilhelm, wie wir hören, hierher mitteilen lassen, daß er sich durch die anläßlich seiner Doktorpromotion seitens einiger hiesiger Blätter verbreiteten unrichtigen Darstellungen nicht berührt fühle. Es sei ihm daher auch unsympathisch, wenn nach seinem Scheiden von Straßburg, wo er so gerne geweilt, der Strafrichter in dieser Angelegenheit angerufen werde.

Die beiden beteiligten Straßburger Blätter stellen übereinstimmend fest, daß sie die Professoren nicht beleidigen wollten, daß der Prinz persönlich bei der Angelegenheit überhaupt nicht in Betracht komme und die sich beleidigt fühlenden Professoren und die Fakultät mit ihren Strafanträgen keine glückliche Rolle spielen.

Die Zeppelin-Luftschiff-Stiftung.

Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, hat Graf Zeppelin folgende Erklärung abgegeben:

Die mir vom ganzen deutschen Volke in einmütiger Opferwilligkeit gespendete Gabe übertrifft schon heute weitaus die unmittelbaren Kosten zum Ersatzbau für mein zerstörtes Luftschiff. Mit dem mir von den Spendern anvertrauten Verfügungsrecht bilde ich aus dem Ueberschuß eine „Zeppelin-Luftschiff-Stiftung“, welche bestimmt ist, die Entwickelung des Baues meiner Luftschiffe zum Vorteil der deutschen Industrie zu begünstigen, sowie dem Reiche die Beschaffung solcher Luftschiffe zur Erhöhung seiner Wehrkraft und zur Verwendung im Dienste der Wissenschaft zu erleichtern. Hiernach erhält mein eigenes Vermögen durch die Spende keinerlei Zuwachs. Ich bitte deshalb, es mir nicht als Hartherzigkeit auslegen zu wollen, wenn ich die in letzter Zeit in ungeheurem Umfange an mich und meine Angehörigen gelangenden Bittgesuche, zu deren Befriedigung mein ganzes Jahreseinkommen nicht ausreichen würde, abschlägig bescheiden muß.

England, Frankreich, Italien.

Der Pariser „Eclair“ meldet aus Rom: Die Nachricht, wonach das französische und englische Geschwader nach Schluß des italienischen Manövers sich gemeinschaftlich in Vado konzentrieren werden, um dem König von Italien einen Höflichkeitsbesuch abzustatten, wird amtlich bestätigt. Die englischen Kriegsschiffe stehen unter dem Befehl des Prinzen Battenberg.

Aegyptische Verfassungssehnsucht.

Wenn die Türken eine Verfassung haben, wollen die Aegypter nicht länger absolutistisch regiert werden. Aus Konstantinopel, 21. August, meldet der Telegraph: Hiesige Aegypter agitieren eifrig für die Ausdehnung der Verfassung auf Aegypten. Gestern fand in einem Garten in Pera deshalb eine Versammlung statt.

Die Jungtürken in Paris geben eine Zeitung heraus unter dem Titel „Die neue Türkei“. Der erste Artikel gibt einen historischen Ueberblick über die türkische Revolution, legt die Schäden dar, unter denen das türkische Reich litt, bespricht die Anstrengungen der Jungtürken, um dieser Situation ein Ende zu machen, und zählt die Mängel auf, die geblieben sind und die beseitigt werden müssen, um ein Regiment der Freiheit und der Wohlfahrt in der Türkei zu gewährleisten.

Nach einer Depesche des provisorischen Kommandanten des vierten Korpsbereiches, des Divisionsgenerals Abuk, haben die Truppen eine wichtige Position im kurdischen Berggebiete Dersim, nämlich die Höhen von Duzukbuba und Kandilli, erstürmt und die Kurden vertrieben, welche neunzehn Tote, darunter zwei Häuptlinge, zurückließen.

Der ehemalige Günstling des Sultans, Izzed Pascha hat sich dem „Matin“ zufolge mit seiner Familie dauernd in London niedergelassen. In einem Interview hat Izzed Pascha erklärt, daß er sich in dem konstitutionell regierten England überaus wohl fühle, wie er ja auch schon vor 20 Jahren für verfassungsmäßige Zustände im ottomanischen Reiche eingetreten sei. — Wie konnte ein Mensch nur so verkannt werden!

Madrid, 22. August. Gestern fand im Marineministerium die Oeffnung der Submissionsangebote für den **Bau der Flotte** und ihre Ausrüstung statt. Die Angebote gehen von mehreren französischen Werkstätten aus, unter anderen von Creusot, von einer spanisch-englischen Gruppe, die die Firmen Amaldo und Armstrong umfaßt, von einer asturischen mit der englischen Gesellschaft Palmer kombinierten Gruppe und schließlich von der Spanischen Gesellschaft für Schiffsbau.

Konstantinopel, 22. August. Nach dem Selamlik empfing der Sultan den **deutschen Gesandten** v. Kiderlen-Wächter in Abschiedsaudienz.

Täbris, 22. August. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Prinz Ain ed Dauleh ist mit einer **Truppenmacht von 1000 Mann** hier eingetroffen.

Die städtische Selbstverwaltung einst und jetzt.

Als Vorbereitung für das Jubiläum der Städteordnung am 19. September beschäftigte sich gestern abend in der Andreasburg die Bezirksgruppe Berlin IV der Demokratischen Vereinigung mit diesem Thema. Der Redner des Abends, Oberlehrer Baumgarten zeigte in anschaulicher Weise, wie sich die städtische Selbstverwaltung seit dem Erlaß der Städteordnung durch Freiherrn v. Stein im Laufe der Jahre immer mehr nach rückwärts entwickelt hat, dank der Städtefeindschaft unserer junkerlichen Reaktion. Von einer Selbstverwaltung der Städte im wahren Sinne könne man heute kaum noch sprechen. Sie sei durch die großen Machtbefugnisse der Aufsichtsbehörden vollständig gelähmt. Das zeige sich besonders in Berlin. Die Schuldeputation sei durch das Schulunterhaltungsgesetz eigentlich aller Rechte beraubt worden. Sie dürfe jetzt nur noch dafür sorgen, daß Schulgebäude und Schulutensilien in ausreichender Weise vorhanden sind, sie habe aber nicht einmal das Recht, über die Schulräume nach ihrem Ermessen zu verfügen, geschweige denn sich in den Schulbetrieb zu mischen. Es seien auch schon Bestrebungen vorhanden, den Kommunen das Vorschlagsrecht der Lehrer und Rektoren zu nehmen.

Die Schuldeputation

sei schließlich nichts weiter mehr als ein besserer Portier, ein Hausverwalter der Schulgebäude für die Aufsichtsbehörde. (Sehr richtig.) Wie im Schulwesen, so zeige sich die Unterdrückung der Selbstverwaltung auch im Verkehrswesen. In Berlin habe die Aufsichtsbehörde ihre Machtbefugnisse benutzt, um hinter dem Rücken der Stadt einer kapitalistischen Gesellschaft die Konzession zu verlängern. Welcher Achtung sich die Selbstverwaltung seitens der Regierung erfreut, habe ja auch die Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kauffmann und die hinausgeschobene Bestätigung Kirschners gezeigt. Die verletzende Art der Ausübung der Staatsaufsicht habe sich gerade in den letzten Jahren immer mehr verschärft. Selbst bei der Veränderung ihres Straßenbildes habe die Stadt Berlin herzlich wenig zu sagen. Bei den Plänen für die Umgestaltung des Pariser Platzes und des Opernhauses habe man nicht einmal den Stadtbaurat Hoffmann herangezogen.

Entschieden verworfen müsse die Zumutung werden, daß die Stadt Berlin für das alte Opernhaus sieben Millionen zahlen soll. Die Städtefeindschaft zeige sich auch darin, daß man die Erhaltung des schon arg beschnittenen Grunewaldbestandes davon abhängig machen möchte, daß Berlin große Summen dafür zahlt.

Diese Rückwärtsentwickelung der städtischen Selbstverwaltung sei aber nicht auf die Schuld des Junkertums allein zurückzuführen; das Bürgertum im allgemeinen und das liberale Bürgertum im besonderen sei daran

zum großen Teile mitschuldig.

Strebertum und Eitelkeit haben es auf der einen Seite verschuldet, daß das Bürgertum selbst seine Selbstverwaltung nicht geschützt hat. Auf der anderen Seite kommt hinzu, daß die Selbstverwaltungsorgane dieselben Fehler gemacht haben, die im Mittelalter die Patrizier zum Schaden der damaligen Selbstverwaltung machten: unsere Stadtvertretung hat die Fühlung mit den breiten Massen der Arbeiterschaft und der Angestellten verloren, weil das an der Selbstverwaltung interessierte liberale Bürgertum nicht sozial empfindet, sondern mit Eifersucht und Zähigkeit an seinen veralteten Privilegien festhält. Schließlich werden, wie im Mittelalter, auch jetzt die Stadtverwaltungen ohnmächtig werden gegenüber den Angriffen auf die Selbstverwaltung, denn sie haben keinen Rückhalt in einer breiten Massenbewegung der städtischen Bevölkerung.

Wie unsozial

hat die Stadt Berlin ihren Arbeitern und Beamten gegenüber gehandelt, wie kleinlich hat man sich den Wünschen